



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0 888 890

F/XIV/225 - 5. Oktober 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Gemeinsames und Trennendes Zum deutsch-amerikanischen Gespräch in Bad Godesberg	84
3 - 4	Die Welt nach Chruschtschows Amerika-Reise: Kein Grund zum Jubilieren Von unserem Korrespondenten in den USA	96
5 - 6	Kerala - Prüfstein der indischen Demokratie Von Inge Deutschkron, z.Zt. Trivandrum (Kerala)	82

Anhang:

Entscheidungen des SPD-Parteivorstandes
zum Zehn-Jahrestag der sogenannten DDR,
zur Rundfunk- und Fernsehsituation

Gemeinsames und Trennendes

ler. Zum ersten Male hatten sich in grösserer Anzahl deutsche und amerikanische Politiker in Bad Godesberg zusammengefunden, um nach Antworten auf eine neue Lage zu suchen, die neue Antworten, Erkenntnisse und eine damit verbundene Überprüfung der bisherigen Position verlangt. Dies geschah in redlichem Bemühen. Der ehemalige amerikanische Ausseeminister Acheson, einer der Baumeister des NATO-Paktes, vertrat auf dieser Tagung einen Plan, den zwar noch die detaillierten Einzelheiten fehlen, aber dessen Konturen sich im Grossen doch abzeichnen. Die NATO, entstanden aus dem Bedürfnis, mögliche sowjetische Aggressionen abzuwehren, genügt heute nicht mehr, um den Westen aktionsfähig in der grossen Auseinandersetzung zu machen, die er mit der Sowjetunion führt. Der Hauptakzent in der NATO, der bisher auf dem rein Militärischen lag, müsste auf das Politische und Wirtschaftliche verlegt werden unter Hinzuziehung von anderen Staaten, wie der Schweiz, Österreich und Schweden, die sich aus guten Gründen scheuen, in militärische Bündnisse verstrickt zu werden. Sicherlich wird der Acheson-Plan die Welt Diskussion befruchten; ist er doch nur zu verstehen vor dem Hintergrund der unerbittlichen Notwendigkeit, für West und Ost irgendwie den Modus eines erträglichen Nebeneinanderlebens zu finden. Dazu gehört auch die Mobilisierung aller geistigen und moralischen, wirtschaftlichen und politischen Energien innerhalb der Völkerfamilie, die sich zu den westlichen Lebensordnungen bekennt.

Dieser Plan Achesons, so schwierig er auch in der Durchführung sein wird, hat auch die Zustimmung der deutschen Teilnehmer aus Regierungs- und Oppositionsparteien gefunden. Einig war man sich ferner darüber, dem Problem der entwicklungsfähigen Gebiete, das immer mehr und mehr zum Weltproblem Nr. 1 wird, die Hauptaufmerksamkeit zuzuwenden. Die Offensive der Sowjetunion spielt sich heute, nach einem Wort von Carlo Schmid, in den Räumen der entwicklungsfähigen Länder ab. Hier muss die westliche Welt den Wettbewerb aufnehmen und sich als Geburtshelfer beim Durchbruch einer neuen geschichtlichen Wirklichkeit bewähren.

Die viertägigen Gespräche zwischen Deutschen und Amerikanern drehten sich um die politischen und wirtschaftlichen Aspekte der Ost-West-Spannung. Es ist nur natürlich, dass bei der Behandlung eines so umfassenden Fragenkomplexes auch unterschiedliche, ja sogar scharf differierende Meinungen zum Ausdruck kamen. Nicht, wie es hervorzuheben gilt, in der Berlinfrage. Berlin bleibt ein Testfall für die moralische und politische Festigkeit des westlichen Zusammenhaltes; wer hier nachgibt, kommt ins Rutschen. Glücklicherweise besteht kein Grund für eine solche Befürchtung, der Wille und die

Entschlossenheit der Vereinigten Staaten, die Freiheit der Westberliner zu schützen und mögliche Gefahren der Zukunft abzuwenden, ist über jeden Zweifel erhaben. Berlin soll bleiben die Stätte gemeinsamer Verantwortung der vier Siegermächte, Berlin soll bleiben die gemeinsame Klammer Deutschlands; an dieser Aufgabe Berlins darf nicht gerüttelt werden.

Eine Lösung, die sich nur auf Berlin beschränkt, birgt freilich andere grosse Gefahren, sie hebt die Spannung in Europa nicht auf. Die abnormale Lage Berlins besteht in seiner Spaltung, die wiederum nur der Niederschlag der Spaltung Deutschlands ist. Hier muss der Hebel angesetzt werden, der uns aus den Risiken eines verankerten Status quo herausführt. Mit anderen Worten: die Deutschlandfrage ist in dem grösseren Zusammenhang der europäischen Sicherheit zu stellen. So lange amerikanische und sowjetrussische Truppen auf deutschem Boden stehen und darauf beharren, sind Lösungsmöglichkeiten in der deutschen Frage kaum denkbar. Die an diesem Godesberger Gespräch teilnehmenden amerikanischen Politiker wollen aber von einem amerikanischen Truppenabzug aus Deutschland, dem natürlich ein gleichwertiger sowjetischer Truppenabzug folgen müsste, nichts wissen, genau so wie sie sich dem Gedanken eines Disengagements, das heisst einer militärischen Verdünnung in beiden Teilen Deutschlands und vielleicht darüber hinaus, versperren. Das war natürlich Wasser auf die Mühlen der CDU-Prominenz, die ausserdem noch zusätzlich das Argument aufbrachte, man könne den amerikanischen Kongress nicht zumuten, eine Demontage der in Westdeutschland vorhandenen ~~militärischen~~ ^{Waffenarsenale} Installationen vorzunehmen, um sie in weiter westlich gelegenen Teilen Westeuropas neu erstehen zu lassen. Was ist das für eine politische Einstellung, für die die gegenwärtigen militärischen Gegebenheiten einfach tabu sind; kommt das nicht einer Kapitulation vor rein materiellen Faktoren gleich?

Unter den amerikanischen Teilnehmern dieses Gesprächs befanden sich viele mit glänzendem Namen, aber es wäre wohl zu viel behauptet, dass diese Namen repräsentativ für die offizielle USA-Aussenpolitik sind. So fehlte ein George Kennan, so fehlten die Senatoren Mansfield, Fulbright und Humphrey (Vorsitzender des Abrüstungsausschusses im USA-Senat), also Männer, die durch ihre Ideen eines Disengagements, natürlich in Zusammenhang gestellt mit einem grösseren und kontrollierten Abrüstungsabkommen, weltweit bekannt wurden.

Das Gespräch in Godesberg war sicherlich nützlich und vermittelte den Teilnehmern neue Erkenntnisse, aber brachte es auch einen unmittelbaren Beitrag zum Fraktischen und zu Verwirklichendem hin? So viel Gemeinsames es auch gab, das Trennende trat doch nuancierter und plastischer hervor. Der Begriff und das Bemühen um Entspannung kamen zu kurz. Das konnte auch durch die Herzlichkeit der Gesprächsatmosphäre nicht verdeckt werden.

Die Welt nach Chruschtschows Amerika-Reise:
Kein Grund zum Jubilieren!

Von unserem Korrespondenten in den USA

Chruschtschow ist nach Moskau zurückgekehrt (und sogleich nach Peking weitergefliegen). Präsident Eisenhower und Chruschtschow haben über die Ergebnisse der Dialoge von Camp David Bericht erstattet, sie haben dabei erst einander widersprochen und dann ihre Erklärungen korrigiert und sie sich dann gegenseitig bestätigt. Aus der Konfusion wird allmählich eine Art Klarheit. Wir wissen, daß der russische Gast einen unbestrittenen psychologischen Erfolg errungen hat und sich die Amerikaner zwar nicht in ihn verliebt haben, aber doch in ihm einen intelligenten, ernst zu nehmenden und im Grunde keineswegs unmenschlich wirkenden Staatsmannes sehen, den sie respektieren, auch wenn sie seine Ideenwelt weiter ablehnen. Wir wissen, daß eine leichte Entspannung der weltpolitischen Atmosphäre nicht ausgeblieben ist, wenn auch die Streitfragen des Kalten Krieges und die Spannungsherde des ganzen Erdballs nicht eliminiert worden sind. Wir wissen, daß in der Kernfrage des Abrüstungsproblems, der Inspektion- und Kontrollfrage Chruschtschow zum ersten Male die Tür zum erfolgreichen Weiterverhandeln ein wenig geöffnet hat, und daß nach seinen Worten die russische Einstellung zum Kontrollproblem zwar bei weitem noch nicht befriedigend ist, aber doch nicht mehr ganz so starr negativ wie bisher.

Wir wissen ferner, daß neue diplomatische Verhandlungen über Berlin bevorstehen, daß eine Gipfelkonferenz ziemlich sicher ist, ebenfalls um über Berlin zu reden, und daß auf diese Weise und mit der Verschiebung von Eisenhowers Gegenbesuch in Moskau bis zum Frühjahr in Berlin Zeit gewonnen wurde, der Krisendruck gelockert und das russische Ultimatum aus der Welt geschafft ist; aber wir wissen andererseits auch, daß Chruschtschow sachlich weder in der Berlin-Frage noch ganz allgemein in seiner Einstellung zu den Problemen Deutschlands auch nur um ein i-Tüpfelchen von seiner bisherigen Politik abgewichen ist und nicht die geringste sachliche Konzession angeboten hat. Und wir wissen endlich, daß es einigen sachlichen Fortschritt auf technisch-unpolitischen Gebieten geben mag, weil anlässlich Chruschtschows Reise verschiedene Nebenfragen angepackt wurden, wie z.B. die Etablierung einer direkten kommerziellen Fluglinie USA - UdSSR oder Austausch wissenschaftlicher Erkenntnisse auf dem Gebiet der Atomforschung; aber für diese unpolitischen Fragen brauchte man ja wohl keine aufsehenerregende Diktator-Reise.

Magere Ergebnisse

Diese Ergebnisse sind, im ganzen betrachtet, für die westliche Welt reichlich mager, jedenfalls magerer als für die kommunistische Staatengruppe, die den Erfolg Chruschtschows mit enthusiastischem Jubel gefeiert hat. Andererseits aber haben einige skeptische Amerikaner, die anfangs geglaubt hatten, Eisenhowers Experiment einer "persönlichen Diplomatie" sei von vornherein gänzlich zum Scheitern verurteilt, doch jetzt zugegeben, daß es nicht ganz so schlimm gekommen ist und die geringfügigen Posten der Aktivbilanz, so bescheiden sie sind, doch nicht verachtet werden sollten.

Aber über die Positionsgewinne und -verluste hinaus, die sich in der Tagespolitik ergeben, lassen sich aus Chruschtschows ungewöhnlicher Fahrt durch die Vereinigten Staaten doch auch einige andere Schlüsse ziehen, die grundsätzlicherer Natur sind und etwas tiefer schürfen. Chruschtschow ging zwar nicht nach Amerika, um zu sehen, sondern um zu reden, nicht um die Leistungen eines freien und reichen Staates zu bewundern, sondern um diesen Staat zu erzählen, daß die Sowjetunion sehr bald ihn eingeholt und überholt haben werde. Ob er zum Schluß, nachdem er zumindest einen kurzen Seitenblick auf den Stand der amerikanischen Konsumgüterversorgung und den Wohlstand der breiten amerikanischen Massen hat werfen können, an seine Theorie des Einholens und Überholens noch genau so fest glaubte wie am Anfang, ist nicht bekannt geworden; aber seine ironische Bemerkung, die "Skklaven des Kapitalismus" leben doch anscheinend recht gut, läßt erkennen, daß er den Standardphrasen der kommunistischen Propaganda, die immer nur vom "Elend des amerikanischen Proletariats" zu berichten weiß, fortan kaum noch ernst nehmen wird.

Die geistigen Werte der Demokratie

Andererseits aber muß betrüblicherweise gesagt werden, daß Amerikaner, die mit Chruschtschow in Gespräch die ideologischen Waffen kreuzen konnten, meist nichts Besseres zu sagen wußten, als eben auf diese materielle Überlegenheit hinzuweisen, als ob der Wert der freien demokratischen Gesellschaftsordnung lediglich darin bestehe, daß sie die Landstraßen mit mehr Autos füllen kann, die helleren Farb-Fernsehergeräte herstellen und in die Küchen die größeren Waschmaschinen stellen kann. Adlai Stevenson war einer der ganz wenigen, die im Gespräch mit dem Gast die echten und geistigen Werte der Demokratie herausgriffen, und ausgerechnet der liberal-denkende New Yorker Gouverneur Rockefeller, Enkel des großen Petroleumkönigs, war es, der rundheraus sagte, die Gegenüberstellung Kapitalismus - Kommunismus sei falsch; der große Gegenspieler des Kommunismus sei die Demokratie und nicht irgendeine Wirtschaftsform, die im demokratischen Verfahren gerade adoptiert worden sei, während andere Demokratien vielleicht andere Wirtschaftsformen bevorzugen.

Freilich ist es leider nun einmal so, daß nicht die Güte der Argumente in einer akademischen Diskussion den Ausschlag in der Weltpolitik gibt, sondern die Macht der bereitstehenden Armeen, die Entschlossenheit der Machtausnutzung und die Qualität strategischer, ökonomischer oder politischer Schlüsselpositionen, und in dieser Hinsicht steht Chruschtschow nun einmal sehr viel besser da als auf dem Terrain geistiger Auseinandersetzung. Auf diesen letzteren Terrain gibt es kein Kompromiß und keinen Ausgleich. Aber in der Welt politischer Realitäten ist nun einmal das Nebeneinanderleben beider Gesellschaftsformen unvermeidlich, eine friedliche Form dieser Existenz notwendig, und eine Alternative wäre höchstens mörderisches Einander-Ausrotten.

Unter diesen Umständen muß man der Versuch, den Spannungsstand auf Erden zu dämpfen und zu lindern, ehrlich willkommen heißen. Der Versuch hat nicht restlos überzeugt und ist nicht restlos gelungen, muß aber doch fortgeführt werden, weil es einfach, rein nachträglich gesehen, kaum einen anderen Weg gibt.

Kerala - Prüfstein der indischen Demokratie

Von Inge Deutschkron, z.Zt. Trivandrum(Kerala)

Der Frieden ist in die Palmenhaine von Kerala zurückgekehrt. Die Frauen spinnen wieder den Hanf, die Männer betreiben die Fischerei oder pflegen die Kokospalmen, als hätte es nie Schiessereien und Demonstrationen gegeben. Und doch liegt die turbulente Zeit, in der sich das Volk von Kerala gegen die kommunistische Herrschaft auflehnte, erst wenige Monate zurück, und es ist noch gar nicht so lange her, dass die letzten der 150 000 politischen Gefangenen dieses Kampfes - unter ihnen 60 000 Frauen - wieder in Freiheit sind.

Gegenwärtig herrscht sozusagen Stille vor dem Sturm, vor dem Wahlkampf, der vier Monate vor den Wahlen schon jetzt seine Schatten vorauswirft. Die demokratischen Parteien, die auch den Befreiungskampf um die Selbständigkeit Indiens gemeinsam führten - Kongress, Praja Sozialisten, Moslem Liga und Revolutionäre Sozialisten (eine kleine marxistische Partei, die nur in zwei weiteren indischen Staaten existiert) -, haben sich in einer Vereinigten Front (United Front) verbunden und die Wahlkreise ihrer Stärke nach untereinander aufgeteilt. Ihr Wahlsieg dürfte damit Gewissheit sein. Den Kommunisten bleibt allerdings noch die Möglichkeit, unabhängige Kandidaten zu unterstützen, um auf diese Weise den Sieg der Vereinigten Front zu schrälern. Fest steht heute schon, dass die Kommunisten nicht wieder 65 Sitze (60 plus 5 sogenannte Unabhängige) von den 126 Sitzen erringen werden. Dieser Wahlsieg von 1957, der den Kommunisten die einmalige Chance gab, auf demokratische Weise an die Macht zu kommen, war ohnehin nur ein Ausdruck der Unzufriedenheit der Bevölkerung von Kerala mit allen bisherigen Regierungen.

Kerala ist der ärmste aller indischen Staaten; 15 Millionen Menschen leben hier von der Fischerei, der Kokosnussernte und dem Reisbau. Das durchschnittliche Jahreseinkommen pro Kopf der Bevölkerung liegt mit 217 Rupies wesentlich unter dem gesamtindischen Durchschnitt von 270 Rupies. Der in Indien allgemein festzustellende Bevölkerungszuwachs wirkt sich auch in Kerala aus und bringt weitere Not in dieses so dicht besiedelte Land mit etwa 1 000 Menschen je Quadratmeile.

Den Kommunisten war die Möglichkeit gegeben, durch eine drastische Landreform Wandel wenigstens auf einem Sektor der Wirtschaft zu bringen. Die Kongresspartei hatte dies mit Rücksicht auf die Landbesitzer in ihren Reihen verabsäumt, ja, sie hatte sogar den Praja Sozialisten, die neun Monate lang als Minderheitsregierung amtierten, die Unterstützung versagt, als sie sich an das Landproblem heranwagten.

Die Kommunisten aber zogen es vor, auf dem Lande Genossenschaften zu gründen, die ausschliesslich unter kommunistischer Führung waren und nur kommunistische Parteiangehörige unterstützten.

Dabei hätten die Kommunisten Industrie nach Kerala heranziehen können, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Tatsächlich schlossen sie auch einen Vertrag mit Indiens zweitgrössten Industriekonzern BIRLA zum Bau einer Pulpefabrik ab. Dieser Vertrag enthält Abmachungen, die jeder Gewerkschaftspolitik widersprechen. Mr. Birla sollte das Recht eingeräumt werden, allein die Festsetzung der Löhne zu bestimmen. Er sollte weiter das Recht haben, Arbeiter nach seinem Gefallen zu engagieren und zu entlassen; Prämien für die Arbeit brauchte er nicht zu zahlen. Auch einer modernen Schulpolitik hätte in Kerala niemand widersprochen. Statt dessen beschloss die kommunistische Regierung, alle Schulen ohne Ausnahmen unter staatliche Kontrolle zu stellen, indem sie den Schulen u.a. die Wahl der Lehrerschaft entzog und ihnen Namenslisten vorlegte, auf denen hauptsächlich Mitglieder der von den Kommunisten gegründeten Lehrgewerkschaft genannt waren. Diese Art Schulpolitik führte schliesslich zum Höhepunkt der Agitation gegen die kommunistische Regierung. Die katholische Kirche dürfte gemeinsam mit den klerikalischen Kreisen des Hinduismus und des Islam nicht unmassgeblich dazu beigetragen haben. Immerhin ist in Kerala eine hohe Bildungsstufe im Verhältnis zum übrigen Indien erreicht worden; 40 Prozent der Bevölkerung in Kerala können lesen und schreiben.

Die im Freiheitskampf vereinigten demokratischen Parteien verliessen sich auch in Kerala nach Gandhis Rezept auf den gewaltlosen Widerstand. Sie siegten gegenüber einer bewaffneten Macht in 48 Tagen Kampf, der schliesslich von Nehru durch die Entsetzung der kommunistischen Regierung beendet wurde. Wie es zu erwarten war, spielten sich die Kommunisten nunmehr als Märtyrer der Demokratie auf.

Die erfolgreiche Aktion gegen die Kommunisten hat die demokratischen Parteien nun zum gemeinsamen Wahlkampf veranlasst. Ob dies aber auch eine Koalitionsregierung zur Folge haben wird, ist noch hart umstritten. Jede neue Regierung wird zunächst drei grosse Aufgaben zu erfüllen haben: 1. eine agrarische Landreform durchzuführen, 2. Industrien anzusiedeln und aufzubauen und 3. eine Schulreform vorzuschlagen. Bisher waren sich die demokratischen Parteien, die jetzt in der United Front zum Wahlkampf antreten, über keines der genannten Projekte einig.

Wie auch immer die neue Regierung in Kerala aussehen mag, gelingt es ihr in der neuen Legislaturperiode nicht, notwendige Reformen durchzuführen, dann dürfte allerdings der Demokratie in Kerala die letzte Stunde geschlagen haben. Und die Kommunisten frohlocken schon heute.